

Antrag 124/II/2018

ASG Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

IGeL Abzocke zurückdrängen

1 Die SPD Berlin / die SPD fordert die Mitglieder der SPD-
2 Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mit-
3 glieder der Bundesregierung auf, gesetzliche Maßnahmen
4 zu ergreifen, überflüssige und nicht ungefährliche Selbst-
5 zahlerangebote aus Arztpraxen zurückzudrängen. Patien-
6 tinnen und Patienten müssen effektiv vor einer systema-
7 tischen Verunsicherung und folgender finanzieller Abzo-
8 cke geschützt werden. Sinnvolle Leistungen müssen GKV-
9 Leistungen sein. Unsinnige Zusatzangebote haben in Arzt-
10 praxen nichts verloren.

11

12 Begründung

13 Bei manchen Arztgruppen scheinen sogenannte Individu-
14 elle Gesundheitsleistungen (IGeL) mehr zur Regel zu wer-
15 den als qualitativ anerkannte und von den Kassen erstat-
16 tete Diagnose- und Therapieverfahren. Die zunehmende
17 Ausweitung von IGeL-Angeboten führt bei den Patientin-
18 nen und Patienten zu großen Verunsicherungen. Zum ei-
19 nen, suggeriert der Verkauf von IGeL, dass die Gesetzliche
20 Krankenversicherung nur eine unzureichende Versorgung
21 bieten würde. Zum anderen kann die tatsächliche Sinn-
22 haftigkeit und Wirkung von IGeL-Angeboten von den Pati-
23 entinnen und Patienten kaum adäquat abgeschätzt wer-
24 den, zumal sich das Angebot ständig erweitert und verän-
25 dert. Um Patientinnen und Patienten nicht weiter in Arzt-
26 praxen in unangenehme Situationen zu bringen und die
27 zunehmende Abzocke zu beenden, ist das Anbieten von
28 IGeL deutlich zurück zu drängen.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)